

Info links

Ausgabe 6
4. August 2005

Wahlkampfspenden
für die Linkspartei.PDS:
Konto: 5000600000 bei der
Berliner Volksbank (10090000)
VWZ: Wahlkampfspende.
Oder direkt in der
PDS-Geschäftsstelle!

Wirkliche Alternativen



Foto: Jörg Rückmann

Gesine Löttsch (links) und Petra Pau
auf einer Wahlkampfveranstaltung

Stärkste Kraft im Bezirk und Verteidigung des Direktmandates von Gesine Löttsch – diese Ziele haben sich die Lichtenberger PDSler für die Bundestagswahl gesteckt. Am 12. Juli wählten sie ihre 26 Vertreter, die dann Anfang August über die Berliner Landesliste und die Direktkandidaten mitentscheiden. Gesine Löttsch hatte schon 2002 das Direktmandat in Lichtenberg gewonnen. Gemeinsam mit Petra Pau verkörpert sie seitdem die einzige *wirkliche* Opposition im Bundestag. Zwei Frauen gegen vier Fraktionen – so sah drei Jahre lang die Konstellation im Parlament aus.

Die Regierungskoalition aus SPD und Grünen hinterlässt nach sieben Jahren einen Scherbenhaufen: Die Zahl der Arbeitslosen ist auf fünf Millionen gestiegen. Trotz Ausbildungspakt fehlen Zehntausende Lehrstellen. Millionen Menschen stehen in ungesicherten Arbeitsverhältnissen. Die Kluft zwischen Ost- und Westdeutschland besteht nach wie vor.

Eine andere Politik ist dringend notwendig. Die Linkspartei.PDS will eine bessere Gesellschaft, in der Schwache nicht länger schwach, Einzelne nicht länger allein, Arbeitsuchende nicht länger arbeitslos, Fremde nicht länger fremd und Abhängige nicht länger wehrlos bleiben. Sie setzt sich für Arbeit und soziale Gerechtigkeit, für soziale Grundrechte und individuelle Freiheitsrechte ein, streitet für Demokratie und Mitbestimmung, für den sozial gleichen Zugang zu Bildung und Wissen, sie steht konsequent für Frieden und friedliche Konfliktbewältigung, für eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung.

Viele in unserem Land wünschen sich eine wirkliche Alternative. Das belegen die aktuellen Umfragen: 12 Prozent bundesweit und 30 Prozent im Osten prophezeien die Meinungsforscher derzeit dem neuen Linksprojekt.

Geben auch Sie am 18. September Ihre Stimme der **Linkspartei.PDS!**

Für eine neue soziale Idee

Von Dr. Gesine Löttsch, MdB

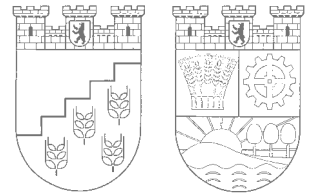
Am 17. Juli 2005 hat sich die PDS umbenannt in **Die Linkspartei**. Sie ist laut Satzung die Partei des demokratischen Sozialismus und führt den Namenszusatz PDS. In Berlin und in allen anderen ostdeutschen Bundesländern wird das Kürzel PDS fester Bestandteil des Namens bleiben.

Für die Bundestagswahl 2005 wird **Die Linkspartei.PDS** wie immer mit offenen Listen antreten. Bei dieser Wahl gibt es aber eine neue Qualität. Die WASG hat beschlossen, nicht selbst zur Wahl anzutreten, dafür aber zur Wahl der Linkspartei aufzurufen. Mitglieder der WASG – wie auch Parteiloose – werden auf den Listen der PDS kandidieren. Um den Anforderungen des Wahlrechts zu genügen, muss die Mehrzahl der Kandidatinnen und Kandidaten Mitglied der PDS sein. Wir wissen, dass viele Menschen in unserem Land nicht länger hinnehmen wollen, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden. Sie haben es vor allem satt, dass SPD, CDU/CSU, Grüne und FDP gebetsmühlenartig wiederholen, zu dieser Politik gäbe es keine Alternative. Übrigens hat die Diskussion um die Linkspartei schon jetzt dazu geführt, dass alle Parteien versuchen, ihre Programme mit Sozialem zu garnieren. Doch das reicht nicht. Die SPD wollte schon mit ihrem Programm 1998 die Vermögenssteuer wieder einführen. Es gibt sie bis heute nicht. Der Druck einer starken linken Fraktion im nächsten Bundestag wird dazu beitragen, solchen Wahlbetrug zu verhindern.

In dieser Ausgabe

- Vor 20 Jahren: Hohenschönhausen wurde Stadtbezirk (Seiten 2 und 3)
- Startschuss Bürgerhaushalt (Seite 4)
- 10 Jahre „Rock für links“ (Seite 5)
- Interview mit Stefan Liebich (Seite 6)

DIE LINKE. PDS



Hohenschönhausen – Chronik eines Stadtbezirks

1. September 1985 – Hohenschönhausen wird 10. Ostberliner Stadtbezirk. „info links“ widmet deshalb die Seiten 2 und 3 dieser Ausgabe Hohenschönhausen und lässt Akteure des Bezirks zu Wort kommen.

Mitgift für den Großbezirk

Wenn wir am 1. September den 20. Jahrestag der Gründung Hohenschönhausens begehen, dann wissen wir auch, dass dieser Berliner Bezirk nur 15 Jahre alt wurde. Und dennoch hat Hohenschönhausen dem Großbezirk bei der „Hochzeit“ eine beachtliche Mitgift gebracht.

Schön, dass Bärbel Grygier hier über ihren Einsatz für das „Netzwerk Gesunde Städte“ berichtet. Heute gehören diesem Netzwerk acht Großbezirke und Berlin als ganze Stadt an, und in Lichtenberg ist es selbstverständlich, jedes Jahr den Vertrag zu erneuern. Ein Erfolg unserer bürgernahe Politik.

Doch Hohenschönhausen gab diesem Großbezirk mehr. So hatten wir in den neunziger Jahren ein gut funktionierendes Netz soziokultureller Zentren, obwohl es diesen Namen damals noch nicht gab. Das waren: das Nachbarschaftshaus Am Berl,

der Verein „Lebensmut“ am Falkenbogen, das Mütterhaus und die von BALL e.V. betriebene „Villa Magnet“.

Um diese Zentren bildete sich das „Aktionsbündnis für soziale Verantwortung“, das unter aktiver Beteiligung vieler Vereine und ihrer Mitglieder dem beginnenden Sozialabbau entgegentrat. So wurde auch die Tradition des „Maifestes“ begründet.

Ein Markenzeichen des Aktionsbündnisses und der genannten Zentren war die breite basisdemokratische Zusammenarbeit. Aus diesen Erfahrungen konnten wir schöpfen, als wir unser Konzept der Bürgerkommune ausarbeiteten – bei dem Lichtenberg wiederum das Beispiel für die Bundesrepublik gibt.

Darum lade ich nicht nur die Bürger Hohenschönhausens, sondern alle Lichtenberger zum Jubiläumsvolksfest am 27./28. August auf den Prerower Platz ein.

*Christina Emmrich,
Bezirksbürgermeisterin*



Foto: Jörg Rückmann

Auch ein Stück Bezirksgeschichte: In der Oberseestraße 60 steht das letzte Bauwerk, das der weltbekannte Architekt Ludwig Mies van der Rohe in Deutschland errichtete, bevor er in die USA emigrierte. Das Landhaus im Bauhausstil gehörte erst einem Druckereibesitzer, wurde nach dem Krieg Werkstatt und Garage für die Rote Armee, dann machte es die Staatssicherheit zu einer Wäscherei. 1990 wurde es zum Baudenkmal erklärt, sorgfältig restauriert und erhielt den Namen „Mies-van-der-Rohe-Haus“. Als kommunale Galerie für moderne Kunst beherbergt es heute wechselnde Ausstellungen.

Ein Netzwerk für alle

Von Bärbel Grygier, Bezirksbürgermeisterin von Hohenschönhausen in den Jahren 1995 bis 2000

In meiner Zeit als Bürgermeisterin von Hohenschönhausen trat der Bezirk als erster in Berlin dem Projekt der Weltgesundheitsorganisation (WHO) „Netzwerk Gesunde Städte“ bei. Dieses Projekt beschreibt die Ziele und Vorstellungen, wie eine „gesunde Stadt“ heute aussehen sollte.

Städte bieten Chancen: Arbeit, Einkommen, Bildung, Kultur, soziale Kontakte. Sie bergen aber auch Risiken: Stress, Lärm, Umweltschäden und Vereinsamung. Darum darf Stadtgestaltung kein Monopol von Politik und Wirtschaft sein, sondern sollte öffentlich diskutiert und ausgehandelt werden.



Gesunde Städte – Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland

Die Ottawa-Charta der WHO leitete 1986 ein Neu- und Umdenken ein. Die Bedingungen für Gesundheit fördern und erhalten – so das Credo des Papiers. Denn Gesundheitsförderung geht über die individuelle Vorsorge hinaus, sie entsteht nicht in der Arztpraxis, sondern im Alltag.

1989 gründete sich ein bundesdeutsches Netzwerk. Willkommen sind Städte, Kreise und Stadtbezirke, die ein Programm auf der Grundlage der WHO-Standards für lebenswerte und gesunde Städte beschließen. Einige dieser Standards möchte ich hier nennen:

- sauberes und sicheres Wohnen,
- eine ökologisch ausgewogene Umwelt,
- Gewährleistung der Grundbedürfnisse (Nahrung, Wasser, Unterkunft, Einkommen, Sicherheit) für alle,
- eine allgemein zugängliche, angemessene Gesundheitsversorgung,
- öffentliche Beteiligung und Kontrolle über Entscheidungen, die das Leben der Bürger beeinflussen.

Gesundheitspolitik greift in alle politischen Bereiche ein. Darum ist der Politik und der Verwaltung in einer gesunden Stadt Respekt entgegen zu bringen. Auf diesem Wege konnte ich in Hohenschönhausen einige Schritte gehen. Und die Hohenschönhausener Bürger haben ihre „gesunde Stadt“ aktiv mitgestaltet.

Ein Urgestein der PDS

Für „info links“ sprach Inge Junginger mit Gerhard Bombal, Sozialist seit 1946

■ **„info links“:** Seit wann bist du politisch aktiv?

■ **Gerhard Bombal:** Seit 1946 in Zehlendorf.

■ **„info links“:** ... in Hohenschönhausen?

■ **Gerhard Bombal:** Mit der Gründung des Stadtbezirks 1985 wurde ich Kreisvorsitzender des Kulturbunds. Zusammen mit der Anna-Seghers-Bibliothek und mit engagierten Mitstreitern konnten wir in der zweiten Hälfte der 80er Jahre Veranstaltungen zu brennenden Fragen der Zeit organisieren.

■ **„info links“:** Wie ging es in der turbulenten „Wende“zeit und danach weiter?

■ **Gerhard Bombal:** Mitglieder des Kulturbunds waren aktiv am Runden Tisch und in anderen Gremien. Ich selber arbeitete als Bürgerdeputierter im Kulturausschuss mit. Zugleich war ich der erste (und letzte) Personalratsvorsitzende im Deutschen Fernsehfunke. Im Mai 1990 gab es die ersten Kommunalwahlen unter den „neuen Herren“. Ich kandidierte als Kulturstadtrat. Zwar hatte die PDS die meisten Wählerstimmen erhalten und bildete die größte Fraktion in der BVV, aber alle anderen Parteien verhinderten auf undemokratische Weise mit einer „Zählgemeinschaft“ die Wahl von PDS-Stadträten. Diese Praxis war damals in den Ostberliner Bezirken üblich.

■ **„info links“:** Zur Kommunalwahl 1992 bist du mit der „WUB“ angetreten?

■ **Gerhard Bombal:** Die „Wählergemeinschaft unabhängiger Bürger“ bestand aus 20 Hohenschönhausenern, vorwiegend aus dem kulturellen Bereich. Sie sympathisierten mit der PDS, wollten aber nicht auf ihrer Liste antreten. Wir erreichten 4 Prozent, und damals gab es auch auf kommunaler Ebene die 5-Prozent-Hürde.

Die PDS wurde wieder stärkste Fraktion und stellte drei Stadträte, nachdem ein Gerichtsurteil die Zählgemeinschaften für unzulässig erklärt hatte. Aber bei der Wahl des Bürgermeisters funktionierte die Ausgrenzung noch einmal.

■ **„info links“:** Du hattest in den 90er Jahren auch Anteil an der Bürgerbewegung?

■ **Gerhard Bombal:** Christina Emmrich erwähnt das „Aktionsbündnis für soziale Verantwortung“, das sich um starke Vereine mit ihren Zentren formierte. Ich war als Vorsitzender des Bezirksverbandes der Volkssolidarität in das Aktionsbündnis einbezogen. Wir halfen in Alltagsfragen, entwickelten Argumente gegen den Sozialabbau und arbeiteten freundschaftlich zu-

Hohenschönhausen Selbstbewußt ins Jahr 2000



Wahlplakat von 1995: Bärbel Grygier und Gerhard Bombal traten für die PDS an.

sammen. Übrigens setzt das im vorigen Jahr neu entstandene Lichtenberger „Aktionsbündnis für soziale Gerechtigkeit“ unter den veränderten Bedingungen diese Tradition fort.

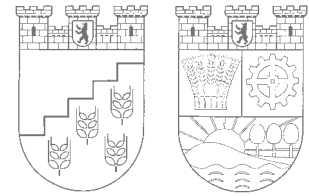
Viele Genossen betätigten sich in Vereinen und legten mit ihrer soliden Arbeit die Grundlage für ein PDS-freundliches Klima im Bezirk.

■ **„info links“:** 1995 wurdest du Vorsteher der BVV?

■ **Gerhard Bombal:** Ja, der Bezirksvorstand der PDS schlug mir vor, als Spitzenkandidat gemeinsam mit Bärbel Grygier anzutreten. Nach dem Wahlsieg wurde sie Bürgermeisterin und ich Vorsteher – es war das Ende der Ausgrenzung. Von da an konnte die PDS in Hohenschönhausen, natürlich im Rahmen der eng vorgegebenen Grenzen, ihre Vorstellungen einer bürgernahen Politik realisieren.

■ **„info links“:** Warum bist du zur nächsten Wahl 1998 nicht mehr angetreten?

■ **Gerhard Bombal:** Inzwischen hatte ich die 70 überschritten, fühlte mich auch gesundheitlich nicht mehr auf der Höhe. Ich gehöre noch dem Landesvorstand der Volkssolidarität an und bin nach wie vor aktiver Gewerkschafter. Besonders stolz bin ich, dass es mir gelungen ist, eine Vereinbarung über Zusammenarbeit in der Seniorenpolitik zwischen der Berliner Volkssolidarität und ver.di Berlin in die Wege zu leiten. Meine Nachfolgerin in der BVV wurde Christina Emmrich. So kann ich heute getrost sagen: meine beiden Bürgermeisterinnen!



Die Geschichte in Zahlen

■ **1352:** In einer in Templin ausgestellten Urkunde wird „alta schonehusen“ erwähnt.

■ **Ende 19. Jahrhundert:** Städtebauliche und industrielle Erschließung. Hohenschönhausen nimmt vorstädtischen Charakter an.

■ **1. Oktober 1920:** Hohenschönhausen wird mit den Dörfern Malchow, Falkenberg und Wartenberg innerhalb des Verwaltungsbezirks Weißensee in die Einheitsgemeinde Groß-Berlin integriert.

■ **Am 21. April 1945** erreicht die Rote Armee Wartenberg, Falkenberg und Malchow; einen Tag danach Hohenschönhausen.

■ **1954–1964:** Das Sportforum Berlin entsteht. Es gilt bis heute als größtes Trainingszentrum Europas.

■ **1975–1984:** An Leninallee und Weißenseer Weg, dann rund um den alten Dorf kern zwischen Degner- und Rheinstraße entstehen etwa 8000 Wohnungen.

■ **1984:** Am 9. Februar legt Erich Honecker an der Barther Straße den Grundstein für die Großsiedlung. Bis 1989 entstehen etwa 30000 Wohnungen. Vor allem junge Familien mit Kindern ziehen ein.

■ **Am 1. September 1985** erhält Hohenschönhausen den Status des 10. Stadtbezirks von Ostberlin. Bürgermeister wird Wilfried Franke (SED). Der neue Stadtbezirk hat 67045 Einwohner.

■ **1989:** Im Dezember konstituiert sich ein Runder Tisch, der maßgeblich an demokratischen Entscheidungen mitwirkt. Der Bezirk hat jetzt 118056 Einwohner.

■ **1990:** Bei den ersten Kommunalwahlen nach der Wende erringt die PDS 48 Mandate in der BVV und bildet die stärkste Fraktion.

■ **1992:** Wieder wird die PDS bei den Kommunalwahlen stärkste Partei. Sie stellt drei Stadträte.

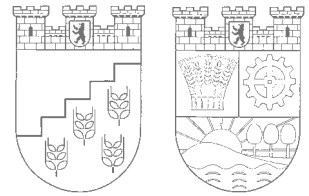
■ **1995:** Nach einem nochmaligen Wahlsieg der PDS wird Bärbel Grygier Bürgermeisterin für die PDS. Vorsteher der BVV wird Gerhard Bombal.

■ **1998:** Diesmal erringt die PDS bei den Kommunalwahlen die absolute Mehrheit. Bürgermeisterin und Stadträte bleiben im Amt. Vorsteherin der BVV wird Christina Emmrich.

■ **Am 10. Oktober 2000** wählt die erste gemeinsame Sitzung der BVV Lichtenberg und Hohenschönhausen Dr. Wolfram Friedersdorff (PDS) zum Bürgermeister des künftigen Großbezirks.

■ **Januar 2001:** Bezirksfusion mit Lichtenberg.

Zusammengestellt
von Inge Junginger



Startschuss Bürgerhaushalt

Unter dem Motto „Wir rechnen mit Ihnen“ wurden in den letzten Tagen 10000 nach dem Zufallsprinzip ausgesuchte Bürgerinnen und Bürger von unserer Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich angeschrieben und zum Mitmachen eingeladen.

Mit einem Fragebogen soll ermittelt werden, wo den Bürger der Schuh drückt. Wie fühlt er sich und wie zufrieden ist er mit der Infrastruktur des Bezirks? Wo werden Mängel gesehen? Was sollte verändert werden? Mit solchen Fragen will die Verwaltung zunächst einmal feststellen, welche Schwerpunkte Bürger für die Politik im Bezirk setzen wollen.

Bürger werden Haushaltsexperten

Sicherlich werden Sie sofort wissen, was alles verbessert werden könnte, sich aber auch fragen, welche Chancen Ihr Vorschlag hat. Sie sollten sich in jedem Falle einbringen (→ alle Termine siehe Kasten). Immerhin geht es um 35 Millionen Euro, die möglichst sachgerecht verteilt werden sollen.

Mit einer großen Informationsveranstaltung beginnt am 24. September die Reihe der Bürgerversammlungen, bei der jeder über 14 Jahre alte Lichtenberger Vorschläge machen kann. Wenn Sie zum Beispiel längere Öffnungszeiten der Bibliotheken

vorschlagen, wird Ihre Idee dann in den fünf verschiedenen Stadtteilversammlungen Ende Oktober diskutiert und darüber abgestimmt. Ein Vorschlag muss von mindestens 20 Bürgerinnen und Bürgern unterstützt werden. Jeder Stadtteil kann maximal 20 Vorschläge unterbreiten. Parallel dazu haben die Lichtenberger die Möglichkeit, sich per Internet in die Diskussion einzuschalten.

Bei einer zweiten zentralen Versammlung am 21. Januar 2006 können die Bürger darüber abstimmen, welche Vorschläge mit Vorrang behandelt werden sollen. Die

se „Hitliste“ der 100 Vorschläge wird schließlich Arbeitsgrundlage für die Verwaltung bei der Aufstellung des Haushaltsplans 2007.

Dafür braucht es gut informierte Bürgerinnen und Bürger und transparente Handlungsstrukturen. Deshalb gibt das Bezirksamt in Kürze eine Broschüre und ein Faltblatt heraus. Darin werden, ebenso wie im Internet, sowohl der Bürgerhaushalt und der Beteiligungsprozess als auch Verwaltungsstrukturen, Budgets und Produktkosten erklärt. So soll sich am Ende jeder Bürger als Haushaltsexperte fühlen können.



Foto: Hendrikje Klein

Mitmachtermine

■ 24. September 2005

Auftaktveranstaltung mit der ersten zentralen Bürgerversammlung und einem „Markt der Möglichkeiten“, Vorstellung des Bürgerhaushalts und des „lesbaren Haushalts“.

■ 27. Oktober – 1. November 2005

Dezentrale Bürgerversammlungen in den Stadtteilen, Sammlung von Vorschlägen.

■ 21. Januar 2006

Zweite zentrale Bürgerversammlung. Vorstellung der Vorschlagsliste, Abstimmung über Prioritäten und Gewichtung.

■ Juni 2006

Beschlussfassung der Eckwerte zum Haushalt 2007, Erklärung und Rechtfertigung der Entscheidung gegenüber den Bürgern.

■ Juni 2006

Beschluss der BVV über den Nachtrags-Haushaltsplan 2007.

Hendrikje Klein

Aus meinem Notizbuch

Von Jürgen Steinbrück, Geschäftsführer der PDS-Fraktion in der BVV Lichtenberg

■ 31. Mai

Die Fraktion hatte zu einer Anhörung über Hilfen zur Erziehung eingeladen und den Betroffenen ein Standpunktmaterial zur Verfügung gestellt. Anlass war das „Schwarzbuch“ zum Thema. Manche vermuteten, es würde ungemütlich werden. Ich wunderte mich ein wenig darüber, da wir eigentlich nie schlechte Erfahrungen mit klarer Kritik und Selbstkritik gemacht haben. Und so kam es wie es kam. Für das Papier und die Veranstaltung kam wohlwollende Zustimmung bei Ankündigung kritischer Begleitung unsres Handelns. Das wollten wir doch, oder?

■ 8. Juni

Die SPD-Fraktion handelte wieder einmal mit ihrem Antrag, das Bezirksamt möge eine Veranstaltung anlässlich des 60. Jahrestags der „Zwangsvereinigung“ von SPD

und KPD organisieren, nach dem bekannten Faulheitsmuster der „acht goldenen A“: Alle anfallenden Arbeiten auf andere ab-schieben, Anschisse auch.

Wir antworteten, das sei eine Angelegenheit der Lichtenberger SPD und PDS, und diese sollten sich des Themas verantwortungsbewusst annehmen. Dem konnte auch die Fraktion der CDU zustimmen. Sie hatte ja gerade den 60. Jahrestag ihrer Gründung und Zulassung durch die SMAD begangen. Und das ohne Forderung ans Bezirksamt.

■ 9. Juni

Durch kluges Wirtschaften hat das Bezirksamt aus dem Haushaltsjahr 2004 einen Überschuss von ca. 11 Millionen Euro erzielt. Dieses Geld darf 2006 ausgegeben werden – für Kitas, Schulen, Kinder- und Jugendarbeit, Arbeitsplätze für ältere Arbeitslose ... Was gemacht wird, bestimmen wir Lichtenberger. Und damit das nicht so lange schmort, haben wir uns schon mit einem konkreten Vorschlag an das Bezirksamt gewandt.

Zehnmal „Rock für Links“

Als vor zehn Jahren Freke Over und Michael Grunst mit der Idee „Rock für Links“ zur PDS-Abgeordneten Gesine Löttsch kamen, erhielten sie von ihr und den PDS-Verbänden Lichtenberg und Friedrichshain Unterstützung. Dabei war der Ausgang der Sache völlig offen.

Inzwischen ist „Rock für Links“ in der Lichtenberger Parkaue zum Erfolgsmodell geworden: In diesem Jahr wurden bei sonnigem Wetter 5000 zumeist jugendliche Besucher gezählt. Veranstalter ist die PDS gemeinsam mit dem sozialistischen Jugendverband [solid], der mit der Rockveranstaltung auch über Handlungsmöglichkeiten gegen Rechtsextremismus im Alltag informiert und die demokratische und anti-rassistische Jugendkultur im Bezirk Lichtenberg stärken will.

An Ständen präsentierten sich Sozialvereine und politische Initiativen. Auf der Bühne heizten junge und gestandene Bands dem Publikum leidenschaftlich ein.

In den Gesprächsrunden kamen Politiker und junge Leute zu Wort, die für ein demokratisches, tolerantes und weltoffenes Lichtenberg eintreten. Der Weg des Bezirks Lichtenberg, mit dem Lokalen Aktionsplan für Demokratie und Toleranz ein deut-

liches Zeichen gegen Rechtsextremismus zu setzen, alle Initiativen und Akteure gegen Rechtsextremismus an einen Tisch zu holen und gemeinsame Aktionen zu initiieren, fand auf der Bühne und im Publikum Anerkennung.

Nachdenklich machte auch die Ausstellung „Motiv Rechts II“ der Antifa Hohenschönhausen über rechtsextremistische Strukturen im Bezirk Lichtenberg. Die Bundestagsabgeordnete Gesine Löttsch stellte sich den Fragen der Besucher zur Zukunft einer Linkspartei aus WASG und PDS sowie zu den bevorstehenden Wahlen.

Bedanken möchten wir uns bei allen Bands, allen ehrenamtlichen Helfern in und bei der PDS und den Leuten vom Jugendklub „Linse“, die uns über zehn Jahre hinweg immer bei „Rock für Links“ mit Rat und Tat zur Seite standen. Ein besonderer Dank gilt hier Wolfgang Schmidt von der PDS-Geschäftsstelle Lichtenberg.

„Rock für links“ bestätigt, dass linke Politik in und bei der PDS für junge Leute attraktiv sein kann. Die Veranstaltung setzte ein lautes Zeichen für ein buntes Lichtenberg.
Daniel Tietze, Michael Grunst

Rock für links in der Parkaue. Nähere Infos gibts unter: www.rockfuerlinks.de und www.alkalij.tk

August 1945

Vor 60 Jahren warfen die USA die ersten Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki. Der Weltkrieg wurde mit dieser unmenschlichen Tat nicht verkürzt. Der Krieg in Europa war schon zu Ende. Die Sowjetunion erklärte vertragsgemäß am 8. August 1945 ihren Kriegseintritt gegen Japan. Die japanischen Verbände konnten den Schlägen der sowjetisch-chinesischen Truppen nichts entgegensetzen. Der Krieg in Fernost ging zu Ende, ohne die japanischen Inseln erreicht zu haben. Japan lag wie der deutsche Faschismus darnieder. Das Gericht der Völker konnte sprechen.

Truman aber, der in Potsdam Stalin vergebens mit der Mitteilung über den erfolgreichen Test der Bombe beeindrucken wollte, ließ „fat cat“ und „little dog“ gegen Japan einsetzen. Hiermit setzte er das Signal, der Stärkere sein und die Nachkriegsordnung nach amerikanischen Vorstellungen bestimmen zu wollen.

Es war der Beginn des Kalten Krieges, der die Menschheit mehr als einmal in diesen angespannten 40 Jahren an den Rand einer nuklearen Katastrophe führte. Obwohl jeder weiß, dass mit diesem Potenzial die gesamte Menschheit vernichtet werden kann, liegen noch immer – auch auf deutschem Territorium – amerikanische Bomben bereit, die jederzeit eingesetzt werden könnten.

Die Linkspartei.PDS fordert deshalb in ihrem Wahlprogramm „den Deutschen Bundestag auf, von den USA zu verlangen, ihre Atomwaffen aus Deutschland abzuziehen und damit eine Dynamik für ein Europa ohne Massenvernichtungswaffen in Gang zu setzen“.
Jürgen Steinbrück



Foto: Disput (Erich Wehnert)

Kleine Anfrage

... an einige Genossen Rentner: Als ehrenamtliche Mitarbeiterin im Büro Ahrenshooper Straße 5 kümmere ich mich gelegentlich um die Abrechnungslisten der Mitgliedsbeiträge. Dabei habe ich den Eindruck gewonnen, dass manche Genossen noch Vorstellungen aus DDR-Zeiten anhängen, als Rentner nur einen ganz geringen Beitrag zahlten. Wie ist es sonst zu erklären, dass in den Listen Beträge von weniger als 5 Euro auftauchen – und das von Genossen, die nicht von Hartz IV geplagt sind.

Deshalb frage ich: Ist uns allen bewusst, dass die PDS vor allem jetzt im Wahlkampf jeden Euro dringend braucht?
Ingrid Hörkner

Neuer Name – neues Glück?

Die Linke kommt zusammen.
Auch in Berlin?

Peter-Rudolf Zotl befragte Stefan Liebich, Vorsitzender der Berliner PDS und der PDS-Abgeordnetenhausfraktion

- „**info links**“: Ein neuer Name, ist nun alles klar?
- **Stefan Liebich**: Der Name war der Preis dafür, dass Mitglieder der WASG und andere linksdemokratische Persönlichkeiten auf unseren offenen Listen kandidieren. Das hat die Chancen auf eine starke Bun-

der Arbeitswelt ableiten, was an steuer-, sozial- und arbeitsmarktpolitischen Instrumenten weiterzuführen, zu modifizieren, aufzugeben oder neu zu entwickeln ist.

- „**info links**“: Weiterführen, modifizieren – ist das nicht etwas rückwärtsgewandt?
- **Stefan Liebich**: Rückwärtsgewandt ist der neoliberale Ansatz, dass das Kapital immer mehr entlastet wird und die einfachen Leute immer mehr belastet werden. Das ist nackter Kapitalismus aus dem 19. Jahrhundert. Deshalb müssen wir schon die Legende, dass das alternativlos sei, zerstören. Mit bewährten und mit neuen konzeptionellen Ansätzen.



destagsfraktion sowie auf Einigung und sogar Vereinigung der Linken erhöht. Es ist also nicht das Ende, sondern erst der Anfang. Aber ein wichtiger und richtiger.

- „**info links**“: Wird es auch in Berlin eine Liste mit der hiesigen WASG geben?
- **Stefan Liebich**: Die Berliner WASG hatte sich gegründet, um die rot-rote Koalition zu beseitigen. Das will sie immer noch, und das macht hier alles besonders kompliziert. So haben wir uns geeinigt, dass „Außen-Kandidaturen“ allein auf der Bundesebene besprochen werden. Für Berlin ist mit dem Vorsitzenden der Türkischen Gemeinde in Deutschland eine Lösung gefunden worden. Jedoch dürfen auf offenen Listen einer Partei andere Kandidaten nicht zu stark vertreten sein. Da das in einigen Landesverbänden dennoch so ist, sind uns in Berlin, die wir die Liste als letzte aufstellen, zusätzlich die Hände gebunden.

der Arbeitswelt ableiten, was an steuer-, sozial- und arbeitsmarktpolitischen Instrumenten weiterzuführen, zu modifizieren, aufzugeben oder neu zu entwickeln ist.

- „**info links**“: Was heißt das – „mit neuen Ansätzen“?
- **Stefan Liebich**: Heute erfolgt die Profitmaximierung nicht durch mehr Arbeitskräfte, sondern mit immer weniger. Wir benötigen also Sozial-, Arbeitsmarkt- und Steuersysteme, die genau das berücksichtigen. Dabei könnte Kapital, das in Arbeitsplätze investiert wird – auch außerhalb des eigenen Unternehmens: bei produktbezogenen Dienstleistungen, in der Infrastruktur, in Aus- und Weiterbildung, auf soziokulturellem Gebiet –, steuerlich begünstigt werden. Überall dort wächst nämlich ein massenhafter Bedarf nach qualifizierter Arbeit. Und staatliche Ausgleichsmaßnahmen könnten so reduziert werden. Wir haben in dem Sinne der WASG vorgeschlagen, dass sich die Experten beider Seiten als erstes darüber austauschen, wie wir in Berlin zu mehr Arbeitsplätzen kommen können. Wenn wir in dieser Kernfrage zu einer gemeinsamen strategischen Lösung gelangen, wird die jetzige „Gretchenfrage“, ob Linke überhaupt in Regierungen sitzen sollten, ganz schnell gegenstandslos.

■ „**info links**“: Wie laufen die WASG-Gespräche?

■ **Stefan Liebich**: Sie laufen. Fortschritte gibt es im Atmosphärischen, aber noch keine politische Verständigung. Die WASG Berlin fordert vor allem zwei sichere Listenplätze, was – wie gesagt – so nicht geht. Sie will zugleich bei den Berlinwahlen 2006 definitiv gegen uns antreten.

Es ist also hier noch ziemlich alles offen, auch, ob unsere Landesvertreter Leute auf unsere Tickets in den Bundestag schicken wollen, die eben erst aus der PDS ausgetreten sind.

- „**info links**“: Wann könnte es Ergebnisse geben?
- **Stefan Liebich**: Wenn wir endlich anfangen, die gravierenden Umbrüche zu akzeptieren, von denen die Produktion geprägt ist. Und wenn wir aus den daraus folgenden grundlegenden Veränderungen in

Ladet uns ein!

Gern kommen wir zu aktuellen Fragen der Gesellschaftspolitik sowie der PDS in Basisorganisationen, Vereine und Initiativen. Einfach anrufen!

So sind wir zu erreichen:

- K. Hopfmann: 2325 2596 (Abgeordnetenhaus – AGH)
- G. Löttsch, MdB: 2277 1787 (Bundestag), 9927 0725 (Wahlkreisbüro)
- St. Schulze: 2325 2580 (AGH)
- I. Simon: 2325 2587 (AGH) oder 784 87 83 (privat)
- G. Sayan: 2325 2597 (AGH)
- P. Zotl: 2325 2553 (AGH), 9240 8766 (privat) oder 0151-1560 2356 (Handy)

Einfach, sozial, gerecht

Von Dr. Gesine Löttsch, MdB

Es ist fast ein Treppenwitz der Geschichte: Keine Bundesregierung hat die Unternehmenssteuern so dramatisch gesenkt wie diese rot-grüne Bundesregierung. Finanzminister Eichel hat systematisch Steuerausfälle organisiert. So sind z. B. im Jahr 2001 rund 25 Milliarden Euro durch die Körperschaftssteuer eingenommen wurden. Ein Jahr später musste Eichel den Unternehmen 426 Millionen Euro zurückzahlen.

Jetzt soll nach dem Willen des Finanzministers die Körperschaftssteuer noch einmal drastisch gesenkt werden, nämlich von 25 auf 19 Prozent. Das entspricht einem Steuerausfall von 25 Milliarden Euro in fünf Jahren. Die rot-grüne Regierung lief der Illusion hinterher, Steuersenkungen kurbelten die Investitionsbereitschaft der Unternehmen an.

Wir alle wissen: Es wurde viel gekurbelt, doch der Motor ist nicht angesprungen. Die Steuersenkungen haben keine neuen Arbeitsplätze in unserem Land geschaffen. Dafür mussten der Bund, die Länder und die Kommunen auf Milliarden von Einnahmen verzichten. Sie sind immer weniger in der Lage, ihre Pflichten zu erfüllen und die Infrastruktur zu erhalten. Geld für Bildung, Innovationen und wirkliche kommunale Selbstverwaltung fehlt.

Starke und schwache Schultern

Die Linkspartei.PDS hat Vorschläge für ein einfaches und gerechtes Steuersystem entwickelt. Das Konzept unserer Partei hat ein Grundprinzip: Starke Schultern sollen mehr tragen, schwache Schultern weniger. Deutschland ist reich, aber sehr viele Menschen werden immer ärmer. Das wollen wir ändern. Einerseits haben die öffentlichen Kassen 1,4 Billionen Euro Schulden, auf der anderen Seite besitzen private Haushalte ein Vermögen von über 8 Billionen Euro. Einerseits entfallen auf jeden Bürger im Durchschnitt 17 000 Euro öffentliche Schulden, andererseits aber auch ein Vermögen von 100 000 Euro.

Ein reiches Land

Im Durchschnitt ist Deutschland also ein reiches Land. Wir haben aber enorme Finanzprobleme, weil so viele Menschen vom Durchschnitt abweichen. Die einen haben mehr Geld in der Tasche als sie jemals ausgeben können, und die anderen müssten mehr Geld ausgeben als sie haben.

Wir wollen Familien besser stellen. Darum wollen wir, dass das Kindergeld pro Kind auf 250 Euro erhöht wird. Das wird



Foto: Die Linke.PDS (Pressestelle)

möglich, wenn die Einkommenssteuer gerechter erhoben wird. Wir wollen einen Grundfreibetrag von 12 000 Euro im Jahr. Dafür wollen wir aber, dass der Spitzensteuersatz auf 50 Prozent steigt, und zwar ab einem Jahreseinkommen über 60 000 Euro. Damit es keine Missverständnisse gibt: Erst jeder Euro, der über 60 000 Euro liegt, wird mit 50 Prozent besteuert. Selbst zu Zeiten von Helmut Kohl lag der Spitzensteuersatz übrigens bei 53 Prozent.

Mehrwertsteuer

CDU und CSU wollen die Mehrwertsteuer von jetzt 16 auf 18 Prozent erhöhen. Das ist eine schamlose Umverteilung von unten nach oben. Menschen, die darauf angewiesen sind, ihr gesamtes Einkommen zu verbrauchen, werden den Gürtel noch enger schnallen müssen. Denn eine Erhöhung von Arbeitslosengeld, Rente und Bafög ist nicht vorgesehen. Außerdem ist die Erhöhung der Mehrwertsteuer auch noch Gift für den Handel.

Wir schlagen die Senkung der Mehrwertsteuer auf 7 Prozent für arbeitsintensive Dienstleistungen wie Reparaturen, für den Tourismus und für Medikamente vor. Bis auf Deutschland, Dänemark und Österreich gibt es in allen EU-Ländern einen ermäßigten Steuersatz oder – wie etwa in Großbritannien und Schweden – eine Steuerbefreiung auf verschreibungspflichtige Medikamente.

64 Milliarden mehr

Das Steuerkonzept der Linkspartei.PDS würde – vorsichtig gerechnet – 64 Milliarden Euro mehr in die öffentlichen Kassen bringen. Hauptquellen wären die Vermö-

12. Juli 2005, Pressekonferenz: Gesine Löttsch und Bodo Ramelow (rechts) stellen das Steuerkonzept der PDS vor.

genssteuer und die Erbschafts- und Schenkungssteuer, die Körperschaftssteuer und die Börsenumsatzsteuer.

Die Vorschläge der Linkspartei.PDS sind durchgerechnet. Unter www.sozialisten.de (Suchwort „Steuerkonzept“) kann man jede Zahl genau nachlesen.

Die anderen Parteien werfen uns gern vor, wir könnten nicht rechnen. Das ist doch schon ein bisschen absurd. Alle so genannten Reformen, die einerseits Arbeitsplätze schaffen und andererseits die öffentlichen Haushalte entlasten sollten, hatten ein gegenteiliges Ergebnis. Also: Wer kann nicht rechnen?

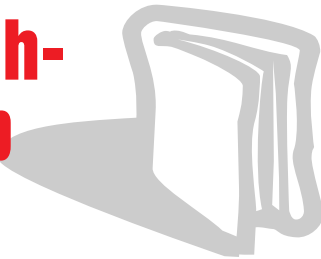
Unsere Sprechstunden

- **K. Hopfmann, G. Löttsch, P. Zotti:** Im August Gesprächstermine nach Vereinbarung
- **St. Schulze:** 15. und 29. 8., jeweils 17 Uhr, „Kiezspinne“, Harnackstraße 25
- **I. Simon:** 31. 8., 17 Uhr, Wahlkreisbüro Gesine Löttsch, Ahrenshooper Straße 5
- **G. Sayan:** 7. 9., 17 Uhr, KULTschule, Sewanstraße 43 (mit Rechtsanwältin B. Stenzel), sowie jeden Montag, 13 Uhr, Abgeordnetenhaus

Alle Abgeordneten bieten generell Termine nach Vereinbarung an. Ihre Erreichbarkeiten stehen auf Seite 6.



Buch-Tipp



Hohenschönhausen

Zum 20. Geburtstag des Stadtbezirks hat der Förderverein Schloss Hohenschönhausen e.V. eine Broschüre herausgegeben. Die Autoren beschreiben die Aufbauphase in den wenigen Jahren von 1985 bis 1989; den gesellschaftlichen Umbruch von 1989 bis 1992 sowie Weiterbau und Rekonstruktion von 1992 bis 2004. In diesem zeitlichen Rahmen werden das Nebeneinander von Bauen und

Wohnen, die kommunalen Einrichtungen und das Wirken gesellschaftlicher Organisationen, Handel und Industrie, Kultur und Kunst dargestellt.

Die Menschen im „Plattenbaubezirk“ fühlen sich hier wohl. Sie schätzen die guten Wohnbedingungen, die Wohnhöfe und Grünanlagen, die Verkehrsverbindungen und Einkaufsmöglichkeiten, es gibt ausreichende Kindereinrichtungen und attraktive Sportanlagen. Ich möchte hinzufügen: Es ist auch das Klima der Solidarität, das sich erhalten hat.

Inge Junginger

- Rolf Meyerhöfer: „Hohenschönhausen Gestern und Heute. Die Geschichte von Neu-Hohenschönhausen“, Berlin 2005, 112 Seiten;
- Bestellungen (gegen Spende):
Telefon: 9831 2870 oder per E-mail:
Foerdereverein Hhnsch@gmx.de),

Veranstaltungen

- **Sonnabend/Sonntag, 6./7.8., 10 Uhr**
Landesvertreterversammlung der Berliner PDS/außerordentliche Tagung 9. Landesparteitag; Energie-Forum am Ostbahnhof, Stralauer Platz 34
- **Sonnabend, 6.8., 11 Uhr**
Gedenken an die Opfer von Hiroshima und Nagasaki; Friedensglocke, Volkspark Friedrichshain
- **Donnerstag, 11.8., 15–18 Uhr**
Infostand; Anton-Saefkow-Platz
- **Sonnabend, 13.8., 11–13 Uhr**
Infostand; Ring-Center II
- **Dienstag, 16.8., 19 Uhr**
Wählerforum mit Gesine Löttsch; KULTschule, Sewanstraße 43
- **Donnerstag, 18.8., 15–18 Uhr**
Infostand; Storkower Bogen
- **Donnerstag, 18.8., 15 Uhr**
Sommerfest Bezirksamt im Tierpark
- **Freitag, 19.8., 17–18 Uhr**
Aufakt des Direktwahlkampfes mit Dagmar Enkelmann, Gesine Löttsch, Petra Pau, Lothar Bisky und Gregor Gysi; Marktplatz Bernau
- **Dienstag, 23.8., 19 Uhr****
Christa Luft liest aus ihrem neuesten Buch
- **Mittwoch, 24.8., 18 Uhr**
Jahresempfang der Lichtenberger PDS mit Gesine Löttsch, Heidi Knake-Werner u. a.; Parkaue
- **Donnerstag, 25.8., 15–18 Uhr**
Infostand; Anton-Saefkow-Platz
- **Freitag, 26.8., 16–18 Uhr**
Infostand; RIZ, Ribnitzer Straße
- **Freitag, 26.8., ab 19 Uhr**
„Rock gegen Rechts“; Klub „Linse“, Parkaue 35
- **Sonnabend, 27.8., 10 Uhr**
2. Tagung des 9. Bundesparteitages der PDS; Estrel-Hotel, Sonnenallee
- **Sonnabend/Sonntag, 27./28.8.**
Bezirksfest; Prerower Platz
- **Donnerstag, 1.9., 15–18 Uhr**
Infostand; Storkower Bogen
- **Dienstag, 6.9., 19 Uhr**
Zum Bundestagswahlkampf, Mitgliederversammlung mit Michael Stadler; Georg-Forster-Gymnasium, Dolgenseestraße 60
- **Donnerstag, 8.9.**
Wirtschaftspartnertag
- **Donnerstag, 8.9., 15–17 Uhr**
Infostand; Dolgensee-Center
- **Donnerstag, 8.9., 15–18 Uhr**
Infostand; Anton-Saefkow-Platz

* Veranstaltungsort: Alfred-Kowalke-Straße 14

** Veranstaltungsort: Ahrenshooper Straße 5
Präzisierung: www.pds-lichtenberg.de



Das Mobile-Info-Team „MIT Gesine“: Jugendliche unterstützen Gesine Löttsch im Wahlkampf. Ihr erster Einsatz war eine Malaktion in den neuen Räumen der „Kiezspinne“.

Info links

Herausgeber:
PDS-Bezirksverband Lichtenberg
Redaktionskollektiv, v. i. S. d. P. Manfred Niklas

Adresse der Redaktion:
Geschäftsstelle der PDS
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47
Fax: 030/51 65 92 42

E-mail: lichtenberg@pds-berlin.de
Web: www.pds-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion.

Redaktionsschluss: 26.7.2005

Redaktionssitzungen für die Ausgabe 7/2005:
9.8. und 23.8.2005, jeweils 16 Uhr
Redaktionsschluss für Ausgabe 7/05: 22.8.2005
Die nächste Ausgabe erscheint am 1.9.2005.

Druck: Druckerei Bunter Hund
Gestaltung: Jörg Rückmann
Die Herstellung dieser Zeitung wird durch Spenden finanziert.